

Verjährt – aber nicht vergessen

Duogynon-Opfer zog nach zweijährigem Kampf die Klage gegen Bayer/Schering vor Gericht zurück. Betroffene Mütter wie Carmen Scholz fühlen sich mehr denn je in ihrem Verdacht bestätigt.

Von Katja Sponholz

Lüdenscheid/Bergkamen. Carmen Scholz weiß genau, wie sich Andre Sommer nun fühlt. Wie ohnmächtig, wie enttäuscht und wie wütend. „Ich habe die gleiche Erfahrung gemacht, vor über 30 Jahren“, sagt die Lüdenscheiderin (59). Auch bei ihr zu Hause stapeln sich Aktenordner mit der Aufschrift „Duogynon“. Und auch sie scheiterte mit ihrer Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit, weil ein Pharma-Unternehmen einfach mächtiger war und keine Auskunftsgebühren wollte. Und weil die Gesetzesvorschriften anders waren. Anders als das, was man als Betroffener empfindet. Carmen Scholz hat vor 38 Jahren ein Kind zur Welt gebracht: einen Jungen mit missgebildetem Arm. Kein Zufall, wie sie bis heute glaubt, sondern das Ergebnis jenes Hormonpräparats, das ihr Arzt ihr damals spritzte, um zu testen, ob sie schwanger sei. Auch die Mutter von Andre Sommer hat jenes Mittel mit dem Namen „Duogynon“ genommen. Auch ihr Sohn kam vor 36 Jahren behindert zur Welt: unter anderem mit schweren Schädigungen an der Blase, die zig Operationen nach sich zogen.

„Um Inhalte wäre es bei den Verfahren nie gegangen.“

Andre Sommer scheiterte vor Gericht an den Verjährungsfristen

Viele andere Kinder, deren Mütter damals dem Vorschlag ihrer Ärzte gefolgt waren und das Hormonpräparat nahmen, brachten behinderte Kinder zur Welt: mit fehlenden oder missgebildeten Gliedmaßen, mit urologischen Schäden, mit Wasserköpfen und Klumpfüßen. Andre Sommer wollte es nicht bei Vermutungen belassen, er wollte die Wahrheit ans Licht bringen und Gewissheit – für seine Mutter, die im Wachkoma lag und sich ihr Leben lang Vorwürfe gemacht habe, diesen Schwangerschaftstest gemacht zu haben. Ende 2010 nahm Andre Sommer den Kampf gegen das Pharmaunternehmen Bayer (Rechtsnachfolger von Schering) auf. Mehr als 360 Betroffene, die sich ebenfalls als Duogynon-Opfer sehen, haben sich bis heute bei ihm gemeldet. Ihnen hat er eine Stimme gegeben und bundesweit auf das Thema aufmerksam gemacht. Und weil die Bitte nach Auskunft bei dem Pharmaunternehmen gescheitert war, war er vor Gericht gezogen. Doch ganz gleich, ob es um Akteneinsicht oder um Schadensersatz und Schmerzensgeld ging, immer hörte Andre Sommer die selbe Begründung, wenn er vor Gericht unterlag: verjährt. Noch einmal überlegte der Lehrer aus dem Allgäu nach dem jüngsten Gerichtsentscheid im Juli, ob er seinen Einspruch bis zuletzt fortführen sollte. Jetzt entschied er sich, die Klage zurückzuziehen. Der Gerichtsprozess ist damit beendet. Doch leicht gemacht hat er sich diese Entscheidung nicht. Ganz im Gegenteil. Nicht nur tages- und nachtelang, „monatelang“, so gab er gestern im Gespräch mit der WR zu, habe er überlegt. „Aber das Kam-



Carmen Scholz aus Lüdenscheid (M.) protestierte mit ihrem Mann und weiteren Mitgliedern der Initiative „Duogynon-Opfer“ vor der Bayer-Hauptversammlung in Köln.

WR-FOTO: KATJA SPONHOLZ

mergericht wäre vielleicht erst in einem Jahr zusammengetreten – um meinen Antrag vermutlich wieder abzulehnen, vielleicht sogar ohne mündliche Verhandlung, einfach wegen der Verjährung“, bilanziert Sommer. „Wir mussten einfach die

Vernunft entscheiden lassen. Wir hatten keine Chance. Und um Inhalte wäre es nie gegangen.“

Aber Sommers Bilanz ist klar. „Es ist unfassbar, dass es so geendet ist. Ein Wahnsinn, dass Bayer unser Anliegen abwürgt und sich überhaupt

Duogynon-Produktion seit 1975 eingestellt

■ Für das Unternehmen Bayer besteht „kein ursächlicher Zusammenhang zwischen Duogynon und den diskutierten Fehlbildungen“. Das Landgericht Berlin, das die Klage auf Schadensersatz und Schmerzensgeld schon im Juli abgewiesen hatte, „bestätigte damit Bayers Rechtsauffassung“, so eine Sprecherin der Bayer Pharma AG auf Anfrage der WR.

■ Bereits im Jahr 1980 sei ein Ermittlungsverfahren eingestellt wor-

den, „da sich der Verdacht frucht-schädigender Wirkungen von Duogynon nicht bestätigte“.

■ Im selben Jahr stellte Schering die Produktion von Duogynon ein. Bereits 1975 hatte die Arzneimittelkommission vor der Deutschen Ärzteschaft vor der Anwendung von Duogynon bei Schwangeren gewarnt. Drei Jahre später wurde es in mehreren europäischen Ländern aus dem Verkehr gezogen. Infos: www.duogynonopfer.de

nicht auf Studien, auf die es ankommt, und auf Schicksale einlässt.“

Für ihn bleibt nur ein schwacher Trost: Dass ein Richter bei der jüngsten Verhandlung eingeräumt habe, Moral und Recht seien zwei Dinge. Und es bleibt auch eine schwache Hoffnung: Denn vor vielen Jahren, bei den ersten Verdachtsfällen zu Duogynon und Missbildungen, seien Unterlagen bei Schering beschlagnahmt worden, die noch immer im Landesarchiv Berlin liegen. „Im Jahr 2020 müssten sie eigentlich freigegeben werden. Aber vielleicht dürfen wir sie eher sehen?“ hofft Sommer. „Und dann werden wir schauen, was sich ergibt.“

Und doch weiß der Lehrer, der im Februar das zweite Mal Vater wird, auch, dass der Kampf nicht vergebens war. „Als ich vor zwei Jahren angefangen habe, war ich allein. Danach haben sich Hunderte Betroffene bei mir gemeldet. Wir haben Informationen zugespielt bekommen und wissen viel mehr als am Anfang. Ich für meinen Teil habe meinen Frieden geschlossen. Ich weiß, was war. Die bei Schering wussten, was sie damals getan haben. Und sie können uns nur durch so etwas wie Verjährung loswerden.“

Viele Betroffene, und auch auch Carmen Scholz, sind ihm für sein Engagement dankbar: „Ich habe ihm gratuliert. Er hat eine Menge bewegt. Und mehr denn je weiß ich: So viele Zufälle kann es gar nicht geben“, sagt sie. Eines jedoch werde immer bleiben: „Dieses Gefühl von Ungerechtigkeit. Das wird nie weggehen.“



Andre Sommer zog seine Klage jetzt zurück. FOTO: SEBASTIAN WILLNOW/DAPD

Mutter stirbt nach Schüssen

Vater sitzt in Untersuchungshaft

Hagen. Die 36-jährige Mutter, die am vergangenen Freitag bei einem Familiendrama im Hagener Bahnhofsviertel angeschossen wurde, ist gestern ihren Verletzungen erlegen. Die Frau war zum Opfer von bereits lang anhaltenden Familienstreitigkeiten geworden, in deren Verlauf ihr Ehemann zur Waffe griff und letztlich neun Schüsse abgab. Dabei wurde nicht nur seine Frau verletzt, sondern auch der 18-jährige Sohn getroffen. Dieser liegt noch immer im Krankenhaus, ist aber inzwischen außer Lebensgefahr. Die Hagener Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen Mordes. Der festgenommene Familienvater (40), der in Untersuchungshaft sitzt, hat sich bislang noch nicht zur Sache eingelassen. WR

Gottesdienst live aus Siegen

„Zeitstifterin“ stellt Projekt vor

Siegen. Live aus der Nikolaikirche Siegen überträgt das ZDF am vierten Adventssonntag, 23. Dezember, ab 9.30 Uhr einen Fernsehgottesdienst. Die Predigt hält Annette Kurschus, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen. Reicht das Geld? Habe ich genug Kraft? Wie soll ich das schaffen? So lauten oft genug heimliche Fragen junger Mütter, die mit ihren Ängsten und Zweifeln häufig alleine sind. Die evangelische Frauenhilfe im Siegerland hat vor einigen Jahren gemeinsam mit der Sparkassenstiftung „Zukunft“ das inzwischen preisgekrönte Projekt „Starthilfe – Zeit stiften für junge Mütter“ gegründet. Junge Mütter erhalten dort Hilfe von 49 Frauen, die sich als ehrenamtliche „Zeitstifterinnen“ engagieren. Eine von ihnen wird im ZDF-Fernsehgottesdienst von ihren Erfahrungen berichten. Musikalisch gestaltet wird der Gottesdienst von der Kantorei Siegen und Jürgen Poggel an der Orgel. WR

Abgeordnete stimmen über Frackingverbot ab

Düsseldorf/Berlin. In namentlichen Abstimmungen über Anträge von SPD, Linken und Grünen müssen sich die Bundestagsabgeordneten am Donnerstag erklären, ob sie für ein Frackingverbot bzw. ein Moratorium sind. Bislang hatten sich CDU und FDP gesperrt, über das Thema zu entscheiden, weil sie ein Gutachten des Landes NRW und des Umweltbundesamtes abwarten wollten. „Da nun seit September beide Gutachten vorliegen, müssen jetzt gesetzgeberische Maßnahmen erfolgen und noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden“, sagt Frank Schwabe, Bundestagsabgeordneter der SPD aus Castrop-Rauxel.

Freitag ist das Thema im Bundesrat – dann wird über die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung abgestimmt. Bisher scheiterte dies an der Haltung von Niedersachsen. Dort schlug Wirtschaftsminister Bode (FDP) gestern gegenüber Demonstranten Fracking-kritische Töne an. „Wir müssen jetzt abwarten, wie sich das Land tatsächlich verhält“, sagte Fritz Mielert von der Protestorganisation „Campact“. HK

Bock geschossen

Grüner Chef des Landesbetriebs Wald und Holz erlegt Tier in der Schonzeit

Von Heinz Krischer

Arnsberg/Siegen. Dieser Schuss ging nach hinten los: Bei einer Treibjagd im Siegerland hat der oberste Förster des Landes einen Rehbock geschossen, für den die Schonzeit galt. **Andreas Wiebe**, Chef des in Arnsberg angesiedelten Landesbetriebs Wald und Holz, erlegte den geschützten Bock und wurde dafür zu einem Bußgeld von 200 Euro verdonnert.

Im Staatswald nahmen am 3. November rund 60 Jäger an einer Drück-Jagd teil – darunter auch Wiebe. Für ihn war es eine von drei kostenfreien Verwaltungsjagden. Die Treiber scheuchten das Wild auf, die Jäger saßen auf Hochsitzen schussbereit mit ihren Flinten. Als ein Reh aufsprang, drückte Wiebe ab und erlegte das Tier.

Er habe sich geirrt, indem er das Tier „falsch ansprach, wie es in der



Jägersprache lautet“, sagt seine Pressesprecherin Irene Breil.

Will sagen: Wiebe hat nicht genau genug geschaut, was ihm da vor die Flinte lief. Als er seinen Irrtum erkannte, habe er diesen gemeldet und sich selbst angezeigt. Das verhängte Bußgeld in Höhe von 200 Euro (Rahmen laut Bundesjagdgesetz: 50 bis 5000 Euro) habe Wiebe bezahlt.

Doch im Landtag wollen Oppositionspolitiker jetzt erfragen, ob das der einzige Fehlschuss des Grünen Behördenchefs war. Josef Hovenjürgen und Chris-



tina Schulze Föcking haben eine kleine Anfrage gestellt. „Mir wurde zugetragen, Herr Wiebe habe bei einer Jagd zuvor schon ein führendes Muttertier geschossen, das ein Sika-Kalb bei sich hatte. Ich will wissen, ob das stimmt“, sagt Schulze Föcking zur WR. Wiebes Sprecherin dementierte das im Gespräch mit unserer Zeitung.

Um Wiebes Berufung zum Chef des Landesbetriebs hatte es heftige Diskussionen gegeben. Der frühere Regierungspräsident von Detmold, der während der CDU/FDP Regierung aus seinem Amt ausscheiden musste, bekam den Job, obwohl er keine sonst übliche forstwissenschaftliche Ausbildung hatte.

Kleine und mittlere Skigebiete sollen gestärkt werden

Neue Strategie der Wintersport-Arena Sauerland

Von Ralf Hermann

Winterberg. Die Wintersport-Arena Sauerland will sich im Zuge des so genannten Masterplan 2.0 verstärkt um die kleineren und mittleren Skigebiete kümmern. Ziel sei die Sicherung der Wertschöpfung für diese Skigebiete, so der Vorsitzende der Wintersport-Arena, Michael Beckmann, der bei der Mitgliederversammlung im Winterberger Höhen-dorf Neuastenberg von den Mitgliedern einstimmig in seinem Amt bestätigt wurde.

Rund 50 000 Euro werden für die Entwicklung eines Strategie-Papiers zur Verfügung gestellt. Erarbeitet werden sollen darin unter anderem Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Angebots- und Produkt-Palette in den Skigebieten, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und möglicher weite-

rer Investitionen in die künstliche Beschneigung.

Die Kosten für das Strategie-Papier werden mit 80 Prozent vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert. „Der Förderantrag liegt vor. Dies ist ein wichtiges Signal aus Düsseldorf, dass dem Wintersport weiterhin Bedeutung beigemessen wird“, so Michael Beckmann.

Neben dem Strategie-Papier wird die Wintersport-Arena parallel dazu zudem eine eigene Marktforschung über das Internet mit acht Skigebieten starten. Über drei Jahre sollen die Wintersport-Gäste die Skigebiete über die jeweiligen Online-Portale beurteilen. Ziel dieser Marktforschung sei es insbesondere, in Zukunft zielgruppengenaue Marketing-Maßnahmen entwickeln zu können, um so die Skigebiete nachhaltig zu stärken, betont der Vorsitzende der Wintersport-Arena.